Landtag

Nordrhein-Westfalen

Plenarprotokoll

14/75

16.11.2007

14. Wahlperiode

75. Sitzung

Düsseldorf, Freitag, 16. November 2007

3 Gesetz zur Regelung des Jugendstrafvollzugs in Nordrhein-Westfalen (Jugendstrafvollzugsgesetz Nordrhein-Westfalen – JStVollzG NRW)

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/4236

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/5450

Beschlussempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses

Drucksache 14/5368

zweite Lesung

In Verbindung mit:

Gesetz zur Regelung des Jugendstrafvollzugs in Nordrhein-Westfalen (Jugendstrafvollzugsgesetz Nordrhein-Westfalen – JStVollzG NRW)

Gesetzentwurf

der Landesregierung

Drucksache 14/4412

Änderungsantrag

der Fraktion der SPD

Drucksache 14/5445

Änderungsantrag

der Fraktion der SPD

Drucksache 14/5447

Änderungsantrag

der Fraktion der SPD

Drucksache 14/5448

Seite 8699

Beschlussempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses

Drucksache 14/5369

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

Drucksache 14/5446

Vizepräsident Oliver Keymis: Für die SPD-Fraktion hat jetzt der Kollege Sichau das Wort.

Frank Sichau (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Ministerin, so sicher, was die finanziellen Mittel für die Umsetzung der Ziele betrifft, bin ich mir nicht. Wenn Sie an das Parlament appellieren, dann darf ich Sie daran erinnern, dass die Vorlagepflicht für den Haushalt bei der Regierung liegt. Wir werden sehen,

wie Sie sich im Kabinett positionieren, was die erforderlichen Mittel für den Jugendstrafvollzug betrifft, und wie Sie dort die Entscheidungen herbeiführen.

Nun zum Bundesverfassungsgericht und zu Herrn Dr. Orth! Herr Dr. Orth hat im Rechtsausschuss gesagt: Wir machen jetzt als Erstes solch ein Gesetz. – Gott sei Dank haben Sie das gerade relativiert, denn wir haben einen Auftrag des Bundesverfassungsgerichts. Ich füge an dieser Stelle hinzu: Wir als SPD-Fraktion sind wie die Fachleute nicht glücklich darüber, dass das föderal organisiert ist. Aber das war ein Kompromiss, und diesen tragen wir natürlich mit. Aber dass da ein Rest geblieben ist, haben Sie gerade gehört.

Herr Dr. Orth, es gab Vorläufergesetzentwürfe, die allerdings an den Ländern gescheitert sind. Das sollten Sie gleich dazusagen, wenn Sie sich so versuchen herauszustellen, denn das ist so nicht zutreffend gewesen.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Dr. Robert Orth [FDP])

Sie haben von einem "guten Gesetzentwurf" gesprochen. Es ist ein solider Gesetzentwurf. Das haben wir Ihnen auch bescheinigt. Das ist überhaupt keine Frage. Aber dadurch, dass wir einen Entschließungsantrag eingebracht haben, haben wir deutlich gemacht, dass etwas fehlt, nämlich die Konkretisierung. Das muss man nicht im Gesetz machen, das kann man untergesetzlich machen. Aber bisher, Frau Ministerin, haben Sie dazu nichts gesagt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Frau Ruff-Händelkes hat auf die Einzelpunkte aufmerksam gemacht. Ich will diese nicht wiederholen. Aber das muss man ändern, und da muss man sich auch zum Betreuungsschlüssel äußern. Wir haben das in der Anhörung gehört. Es muss klar sein, wie viele Sozialarbeiter – um eine Berufsgruppe herauszunehmen – für wie viele Jugendgefangene zuständig sind. Dieser Schlüssel darf nach unserer Auffassung den Schlüssel für die Erwachsenensozialtherapie nicht unterschreiten.

Sie haben den Grünen gerade vorgeworfen: Sie sagen ja nichts über HIV und Drogen! – Gesundheitshilfe, Gesundheitsförderung schließt dieses mit ein. Das ist in dem Begriff enthalten. Das muss man nicht extra ausführen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Man stellt fest, dass Sie zwar von Drogen und Zielen reden, aber in der Praxis die Mittel für die Drogenhilfe radikal gekürzt haben und nun sagen: Wir lassen sie ja aufwachsen. – Das machen Sie genauso wie beim Kindergartengesetz:

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

erst einmal richtig rasieren und dann gibt es ein paar Euro dazu. Das nennen Sie dann: Wir haben ja mehr Geld gegeben. – Dieser kleine Trick ist sehr durchschaubar.

(Ralf Jäger [SPD]: Erwischt!)

Herr Giebels, Sie haben viele Experten zitiert, aber einen haben Sie vergessen, nämlich Prof. Walter. Alle anderen sind genannt worden. Prof. Walter hat auch gesagt: Solide! Aber die letzte Konsequenz fehlt. Das kann eine Dame ohne Unterleib werden – um einmal dieses Bild zu gebrauchen.

(Beifall von der SPD)

Zum Thema Schusswaffen hat Herr Jäkel ja etwas Bezeichnendes gesagt – ich will das, was Frau Ruff-Händelkes gesagt hat, hier noch einmal unterstreichen –: Auch aus praktischen Gründen mehr als entbehrlich! Sie bewegen sich nicht!

Ich war in den vergangenen Tagen wegen eines Petitionsverfahrens in Siegburg. Es ging um Erwachsene. Ich habe dort eine Menge Stacheldraht gesehen. Nach unserer Auffassung – das muss man nicht gesetzlich regeln – gibt es in Jugendstrafvollzugsanstalten – mit Erziehungsgedanken!

Seite 8709

– Möglichkeiten, dieses verrohende Material auszutauschen.

Ich kann hier auch feststellen: Was Stacheldraht betrifft, da ist das Justizministerium nicht unbedingt Hort der Wahrheit.

(Beifall von der SPD)

5

Herr Dr. Orth, Ziele und Mittel habe ich jetzt hinreichend angesprochen. Es gibt auch

im Strafvollzugsgesetz eine Menge Ziele. Aber wir alle hier im Saal wissen genau:

Sie sind nur teilweise umsetzbar, weil die Mittel nicht da sind und weil wir schwierige

Rahmenbedingungen finanzwirtschaftlicher Art hatten, die sich jetzt Gott sei Dank

geändert haben.

Es gibt zu diesem Thema noch eine Menge zu sagen. Aber noch etwas zu den

Mitteln: Jetzt ist die Zeit, wo es bessere Mittel gibt. Es war im Übrigen nach dem

Beschluss des Bundesverfassungsgerichts Zeit, sofort in seinem Sinne zu handeln.

Das war auch die Absicht des Bundesverfassungsgerichtes. Das haben Sie so aber

nicht getan. Dass wir das Gesetz bis zum 31. Dezember dieses Jahres beschließen

müssen, das ist der andere Teil der Wahrheit.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Ich stelle abschließend fest: Auf den Weg haben Sie sich bis jetzt noch nicht

gemacht, obwohl dieses Verfassungsgerichtsurteil schon ein paar Monate in der Welt

ist. - Danke schön.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Sichau.